76. Ist bezüglich einer einzigen Anstiftung, welche die Ursache mehrerer selbständiger Mißthaten geworden ist, reale Konkurrenz so vieler Delikte anzunehmen, als nach dem Willen des Anstifters verübt werden sollten und verübt worden sind, oder liegt nur „eine“ strafbare Handlung des Anstifters vor?

St.G.B. §§. 48. 74.

Bgl. Bd. 3 Nr. 55 u. Bd. 4 Nr. 35.

II. Straffenat. Ur. v. 9. Dezember 1881 g. L. u. Gen.
Rep. 2419/81.

I. Landgericht II Berlin.

Aus den Gründen:

Die Revision des Mitangeklagten L., welcher Verletzung des §. 48 St.G.B.'s, sowie einen Verstoß im Sinne der §§. 266 Abs. 1 und 377 Nr. 7 St.P.D. rügt, ist unbegründet. Der erste Richter hat folgenden Sachverhalt für erwiesen erachtet: In der Zeit vom 17. September bis 21. Dezember 1878 hatte der Beschwerdeführer L. seine Scheune der Landarmen- und Korrekptionsanstalt zu St. zum Ausdrusch von Sommerroggen und Saatlupinen zur Verfügung gestellt. Die beim Ausdrusch beschäftigten Mitangeklagten M. und N. hatten in Gemeinschaft mit einander zu sieben verschiedenen Malen in der gedachten Zeit je einen Sack der ausgedroschenen Lupinen, einmal auch eine Fuhre ungedroschener Lupinen, von dem Vorrate der Anstalt genommen und demnächst dem Angeklagten L. übergeben, bezw. die unausgedroschenen Lupinen auf Anordnung des L. in dessen Taß übergeworfen.

M. u. B. waren dazu dadurch bestimmt worden, daß der L. ihnen für diese Zuwendungen täglich Schnaps gab und Belohnungen in Geld in Aussicht stellte.

Demgemäß stellte der erste Richter thatsächlich fest: 1) daß die Angeklagten M. und B. sich durch sieben selbständige Handlungen des wiederholten Diebstahles schuldig gemacht haben; 2) daß der Angeklagte L. in der Zeit vom 17. September bis 21. Dezember 1878 durch mehrere (sieben) selbständige Handlungen die Mitangeklagten zur Begehung der zu 1) festgestellten Handlungen durch Geschenke und andere Mittel vorsätzlich bestimmt habe. Danach nimmt der erste Richter an, daß sieben selbständige Handlungen vorliegen, d. h. daß jedem einzelnen gemeinsamen Diebstahle der beiden Mitangeklagten ein besonderer selbständiger Akt der Anstiftung seitens des Beschwerdeführers L. zu Grunde liegt. Denn er hat ausdrücklich festgestellt, daß die beiden genannten Mitangeklagten zu ihren sieben selbständigen Diebstählen dadurch bestimmt worden sind, daß L. ihnen für ihre Zuwendungen täglich Schnaps gab und Belohnungen in Geld in Aussicht stellte. Wollte man aber auch annehmen, der erste Richter hätte unterstellt, daß der Beschwerdeführer L. nur durch eine einzige Anstiftung seine beiden Mitangeklagten zu den von diesen verübten, aber bei seiner Anstiftung vorgesehenen, sieben selbständigen Diebstählen bestimmt habe, so würde doch die erstrichtliche Feststellung gerechtfertigt sein. Denn nach §. 48 St.G.B.'s ist Anstiftung die vorsätzliche Bestimmung eines anderen zu der von diesem begangenen strafbaren Handlung und soll die Strafe des Anstifters nach demjenigen Gesetze festgesetzt werden, welches auf diejenige Handlung Anwendung findet, zu welcher er wissentlich angestiftet hat. Der Anstifter muß also durch die vorsätzliche Bestimmung des Thäters die Ursache der von diesem begangenen strafbaren Handlung geworden sein, so daß die Begehung, bezw. mindestens der Versuch der Hauptthat seitens des Angestifteten die notwendige Bedingung für die Strafbarkeit des Anstifters ist. Dann wird der Anstifter so bestraft, als ob er der Urheber der verübten Hauptthat wäre. Die Anstiftung erhält mithin ihren strafrechtlichen Charakter durch die That des Thäters; dies aber selbstredend nur insoweit, als sich der Vorsatz des Anstifters und die Handlung des Angestifteten decken. Soweit dies nicht der Fall, liegt auch Anstiftung nicht vor. Denn den Anstifter trifft nach §. 48 Abs. 2 a. a. D. die Strafe derjenigen

Handlung, zu welcher er wissentlich angestiftet hat. Er haftet also nur für die von ihm vorsätzlich, d. h. mit dem Bewußtsein der Kausalität seines Thuns hervorgerufene Handlung, während für den Erzeß der Thäter allein verantwortlich ist.

Eine notwendige Konsequenz dieser unselbständigen, von der Hauptthat bestimmten Natur der Anstiftung und insbesondere der angeordneten Anwendung der für den Thäter vorgesehenen Strafandrohung auf den Anstifter ist es, daß einerseits mehrere Anstiftungen zu derselben Hauptthat nur als ein Reat gelten und deshalb nur mit der einfachen Strafe der begangenen Mißthat geahndet werden können, daß dagegen andererseits bei einer einzigen Anstiftung zu mehreren Delikten — möge sie an eine Person, welche infolge der Anstiftung mehrere derartige selbständige Delikte begeht, oder gleichzeitig an mehrere Personen, von denen jede für sich die durch die Anstiftung verursachte Mißthat ausführt, gerichtet gewesen sein — auch bezüglich der Anstiftung reale Konkurrenz so vieler Reate anzunehmen ist, als nach dem Willen des Anstifters von den Angestifteten verübt werden sollten und verübt worden sind. Denn von einer idealen Konkurrenz im Sinne des §. 73 St.G.B.'s, welche übrigens nur vorliegt, wenn eine und dieselbe Handlung verschiedene Strafgesetze verletzt, kann nicht die Rede sein, weil die Anstiftung für sich allein ein indifferenten Akt ist und kein Strafgesetz verletzt, unter „Handlungen“ in den §§. 73 und 74 a. a. D. aber strafbare Handlungen zu verstehen sind. Die durch den Anstifter herbeigeführte Hauptthat ist als die ihm zuzurechnende strafbare Handlung anzusehen, und wenn daher infolge der Anstiftung und nach dem Willen des Anstifters mehrere selbständige strafbare Hauptthaten begangen sind, so liegen auch gegen den Anstifter ebensoviele selbständig strafbare Handlungen vor, sodaß §. 74 a. a. D. gegen ihn zur Anwendung kommt.

Wenn also auch der erste Richter angenommen haben sollte, daß der Beschwerdeführer A. durch einen einzigen Anstiftungsakt seine beiden Mitangeklagten zu den von diesen verübten sieben selbständigen Diebstählen wissentlich bestimmt hätte, so mußte er auch in diesem Falle, wie geschehen, bezüglich des A. reale Konkurrenz mehrerer Anstiftungsreate annehmen und denselben unter Anwendung der Vorschriften aus §§. 74 u. flg. St.G.B.'s so bestrafen, als ob er der Urheber der sieben selbständigen Diebstähle wäre.

Vgl. Urteile des Reichsgerichts vom 21. Dez. 1880 u. 9. April 1881
(Entsch. in Straff. Bd. 3 Nr. 55 S. 145 u. Bd. 4 Nr. 35 S. 95).
Die Schlußfeststellung, welche den Thatbestand der gegen den Be-
schwerdeführer angewendeten §§. 48. 242. 74 St.G.B.'s erschöpft, giebt
hiernach zu rechtlichen Bedenken keinen Anlaß.